Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 14

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

«Stillhalten» . . . auch nach unten?

-an- Das Hintennachhinken ist eine der Eigenschaften, welche dem «Massendenken» unweigerlich anhaftet. Es mag einer für sich hundertmal begreifen, deswegen begreift es ein anderer noch lange nicht, und neue Gedanken, mögen sie in noch so manchem Kopfe reifen, brauchen oft Jahrzehnte, bis sie Allgemeingut werden. Diese Langsamkeit der Massenreaktion auf Notwendigkeiten und Einsichten überträgt sich automatisch auf die «öffentlichen Institutionen», auf den «Apparat», auf die Organe des Apparates. Von der Bürokratie ist nicht zu erwarten, dass sie rascher reagiere als die Verantwortlichen, die hinter ihr stehen, und diese Verantwortlichen sind abhängig von der Maschinerie einer gesetzgebenden Körperschaft. Was will man dagegen tun? Kein Wunder, wenn in Notzeiten nichts Dringlicheres zu tun ist, als die Maschinerie auszuschalten! Wir wissen wahrlich, warum der Bundesrat «Vollmachten» brauchte, und warum eine «Vollmachtenkommission» notdürftig die in der Eile gefassten Massnahmen hintennach überprüfen musste, um die Fiktion zu wahren, als habe dennoch die gesetzgebende Behörde das letzte Wort.

Im Zeichen der aufs höchste gestiegenen Teuerung, deren weiteres Steigen nicht mehr ertragen und verantwortet werden konnte, ist das «Stillhalteabkommen» über Preise und Löhne abgeschlossen worden. Es handelte sich, wohlverstanden, nur um ein Abkommen, das eine weitere Steigerung des Preisniveaus verhindern sollte. Die Löhne mussten naturgemäss ebenfalls gestoppt werden, sollten sie nicht die gefürchteten hohen Preise noch höher treiben. Was aber in diesem Abkommen nicht vorgesehen wurde — es ist ein befristetes Abkommen, wohlverstanden, und darum ist sein Inhalt verständlich — das sind die Möglichkeiten *fallender* Preise. Wir erinnern uns wohl, wie in den weithin stattfindenden Debatten über das Abkommen immer wieder die Hoffnungen laut wurden, gerade ein Preisfall werde die noch nicht wiederhergestellten Reallöhne auf dem umgekehrten Wege realisieren und selbstverständlich die schon wieder erreichten indirekt erhöhen.

Nach unserer Ansicht müsste *im Herbst, wenn die Gültigkeit des Stillhalteabkommens abläuft* und über die Frage gesprochen wird, *ob es zu verlängern sei*, auch diskutiert werden, *wie es sich denn mit dem «Stillhalten nach unten» verhalte*. Der *Schweizerische Bauernverband* hat sich schon mehrfach mit der *beängstigenden Forcierung der Einfuhr im Nahrungs- u. Genussmittelsektor* befassen müssen und sieht voraus, dass von da her in naher Frist die Erträgnisse unserer eigenen Landwirtschaft — preismässig — bedroht werden. *Die Produktionsbasis, die einmal gegeben ist*, und die so und so viele hundert oder tausend *Millionen schweizerische Ersparnisse, dadurch garantiert, dass der Bauer sein Heimwesen verzinsen kann* ist auch ein Faktum, das respektiert werden muss. Verneint man das «Stillhalten nach unten», *was alles* greift man damit eigentlich an?

Panik?

Stalin soll zu einem englischen Kommunisten — während des zweiten Weltkrieges — gesagt haben, *die britische Bourgeoisie werde sich halten, und zwar weil sie den Willen zur Selbstbehauptung besitze*. Es falle übrigens keine Klasse, die sich nicht selbst aufgebe. Die russische «proletarische Revolution» sei nur möglich, sei überhaupt erst *notwendig* geworden, weil es kein Bürgertum gegeben habe, das den Willen und die Kraft zur Aufrichtung einer bürgerlichen Republik besessen. Erst als es sich erwiesen, wie brüchig die Front dieses Bürgertums sei, wie gross die Gefahr, dass es sich der zaristischen Reaktion in die Arme werfe, erst in diesem Augenblicke hätten die Bolschewiki daran denken müssen, nach der Macht zu greifen.

Man sollte den europäischen Staatsmännern, den bürgerlichen Parteien, der Presse, welche die Demokratie verteidigt, diese These Stalins mit systematischer Gründlichkeit einhämmern. Sie fordert geradezu auf zur Konzentration der Kräfte, zur Stählung des Willens, sich gegen die kommunistische Gefahr zu behaupten. Man braucht sie nur zeitgemäss umzuformen und zu sagen: Hätte in der Tschechoslowakei ein Bürgertum bestanden, und hätte dieses Bürgertum Willen und Führung, sich zu behaupten, aufgewiesen, nie wäre den Kommunisten der Gedanke gekommen, einen Staatsstreich zu wagen. Doch «Gottwald kannte seinen Benesch». Kannte auch seine Partei und alle übrigen bürgerlichen Parteien, wusste um die Brüchigkeit auch der sozialistischen Front. Darum begann er seine Unterhöhlung der gegnerischen Stellungen. Darum nutzte er die Schwächung aus, der sie infolge der verschiedenen Nationalisierungen verfallen waren. Und darum schliesslich wagte er, ihnen das Ultimatum zu stellen, dessen Annahme für sie auch das Todesurteil bedeutete. Ihre westlich gesinnten Führerpersönlichkeiten hinauszuwerfen und sich neue Leitungen zu geben, die pro-kommunistisch wären und sich in alles Kommende fügen würden.

Auf die bedrohten Staaten des Westens angewandt, lautet Stalins These: Falls die bürgerlichen Parteien den Willen besitzen, sich den kommunistischen Totalitätsansprüchen zu widersetzen, alle Infiltrationsabsichten zum vornherein zu vereiteln, Gewaltaktionen aber mit noch rücksichtsloserer Gewalt zu beantworten, dann muss den «Fünften Kolonnen» überall der Mut vergehen. Die Einsicht Stalins, dass im Westen offenbar kein zerbröckelndes, sondern ein widerstandswilliges Bürgertum existiere, würde als Konsequenz das Abstoppen der ultraroten Revolution haben. Denn Stalin bekannte mit der kühlen Logik des puren Theoretikers, dass es nur *dann* einen Sinn habe, nach der Macht zu greifen, wenn die andern panikartig diese Macht wegwerfen oder fahrlässigerweise aus ihren Händen gleiten lassen. Die «politische Theorie» ist Moskaus Stärke. Das Handeln gemäss einer als richtig anerkannten Theorie seine Praxis. Die Kalkulation mit realen Tatsachen ist Leitstern dieser Theoretiker. Der Beweis, dass es eine Tatsache gebe, *die Tatsache einer «Bourgeoisie, die sich nicht selbst aufzugeben gewillt ist»*, muss automatisch den Moskauer aussenpolitischen Kurs ändern.

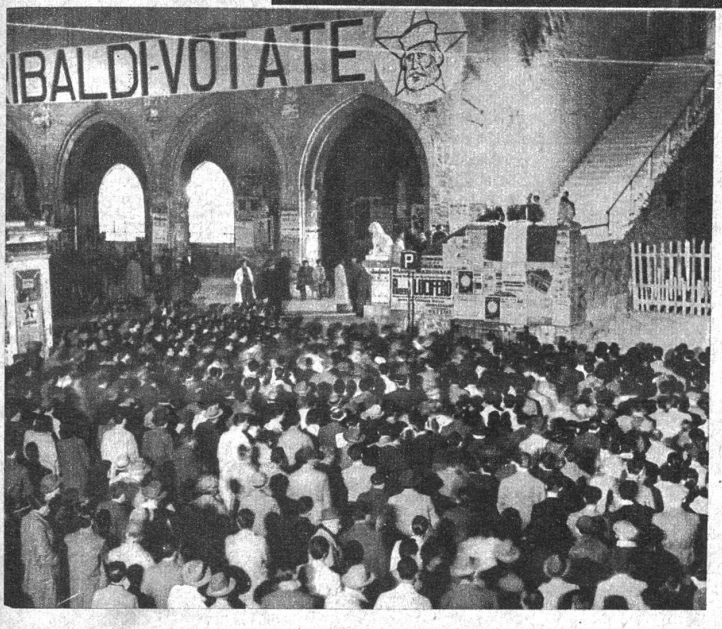
Die Frage stellt sich also in diesem Schicksalsfrühling, ob «wir» im Westen diesen Selbstbehauptungswillen besitzen. Ob die «regierenden Klassen», um im Moskauer Jargon zu reden, sich der Panik zu erwehren vermögen. Es handelt sich um alle Parteien, auch um die sozialistische, welche von den Moskauern zu den «Schildhaltern der Bourgoisie» gerechnet wird. Nicht nur in England, sondern ebenso in allen andern Staaten . . .

«Panik im Norden»,

so tönt der neueste Warnruf. Man hat *nach dem letzten Linksrutsch in den dänischen Wahlen*, der eigentlich nur wieder die Verhältnisse der Vorkriegszeit brachte, festgestellt, dass die Linksmehrheit nun leider in eine sozialistische Massenpartei und einen aktiven Kommunistenflügel zerfalle. Die Sozialisten besitzen *nicht mehr, wie zu Staunings Zeiten*, die absolute Mehrheit. Wollen sie eine Gesetzesvorlage durchbringen oder die Verfassung ändern, brauchen sie die Kommunisten als Hilfstruppe. Dadurch werden sie gezwungen, radikalere Vorlagen einzubringen, als sie es von sich aus möchten. Nach den Pragen Ereignissen wurden auch sie — wie die bürgerlichen Parteien — vor eine weittragende Alternative gestellt. Sind die Bürgerlichen bereit, in der Gesetzgebung Vorlagen zu unterschreiben, welche die sozialistischen Wähler wünschen und wodurch ihre Wünsche befriedigt werden, dann lässt die Sozialdemokratie ihre verdächtigen Moskauer Freunde auf der Linken restlos fallen. Gehen die Bürgerlichen aber nicht mit, was dann?

Wir erkennen in der Lage der sozialdemokratischen Partei Dänemarks die fast aller andern Länder wieder. Vor allem jener Länder, in welchen sie bei einer Mehrheitsbildung den Ausschag geben. Ihre auf Verstaatlichung oder wenigstens auf Staatsintervention zielenden Programme bilden das Hindernis für ein Bündnis mit dem Bürgertum. Solange sie keine Methode gefunden haben, *keine neue Formel für eine Wirtschaftslenkung, die zugleich Freiheit für das initiative Unternehmertum bringt, solange besteht der Zwiespalt zwischen «Liberalismus» und «Sozialismus» weiter*, und die Begründung einer Dauer-Solidarität beider Lager fehlt. Solange aber bleiben sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften auch breiten Schichten des Bürgertums verdächtig. Und das Misstrauen in sie ist es auch, das

Als die finnische Verhandlungsdelegation nach Moskau ging, musste sie ohne ihren Chef, Ministerpräsidenten Pekkala, reisen; dieser hatte sich krank gemeldet. Nachdem sich sein Zustand gebessert hat, ist er nun ebenfalls in die russische Kapitale geflogen — mit einem Flugzeug, das ihm die Sowjetregierung zur Verfügung gestellt hatte. Unser Bild zeigt Ministerpräsident Pekkala auf dem Flugfelde von Helsinki (Mitte, mit hochgeschlagenem Kragen) mit Frau Hertta Kuusinen, der Führerin der finnischen Kommunisten (rechts) und seinem Arzte (links).



Ganz Italien steht schon seit Wochen auf die am 18. April stattfindenden Wahlen in einem Fieber, das seltsame politische Blüten treibt. So riefen zum Beispiel die Liberalen in Rimini zu einer grossen Wahlkundgebung zusammen, die Sozialisten stellten hierfür in «politischer Verbundenheit» die gesamten technischen Einrichtungen, Aufnahmegeräte (Tonband) und Lautsprecheranlage für die Uebertragung der Rede des liberalen Abgeordneten Lucifero zur Verfügung. Im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Kommunisten, scheinen sich die Parteien in Italien wahrhaftig einig zu sein

der Panik ruft. In Dänemark, ebenso auch in Norwegen am wenigsten in Schweden, argumentiert man so: Die Kommunisten sind bewaffnet. Bürger und Bauern sind nicht bewaffnet. Der industrialisierte dänische Bauer hat übrigens mit dem «Blick auf die Speckseiten» einen Teil seines ständigen Verteidigungswillens verloren. Armee und Polizei, welche den Staat verteidigen müssten, sind nicht stark genug. *In den grossen Städten,* wo sich der Kampf entscheiden wird, in *Kopenhagen* zumal, fällt die Kommunistenpartei viel stärker ins Gewicht, als man mit dem Blick aufs ganze Land ahnen möchte. Was also wird geschehen, wenn sich die «Fünfte Kolonne» Russlands zu einem Ueberfall anschickt?

Diese Aeusserungen der Panik werden von Regierungsseite zwar nicht mitgemacht, aber wir vernehmen auch nichts von initiativen Massnahmen, die das «malaise» rasch und gründlich austrocknen würden. «Selbstbehauptungswillen» würden wir darin erkennen, dass beide antikommunistischen Lager von einem Tag auf den andern sämtliche parteidogmatischen Differenzen zurückstellen, eine Koalitionsregierung bestellen und — wie *wir* zwischen 1939 und 1945 — sämtliche Fragen mit dem Blick auf die nächstliegenden praktischen Notwendigkeiten in Angriff nehmen und lösen würden. Und zwar ohne dass noch ein Wort über parteipolitische Belange fallen dürfte.

Von einer solchen Konzentration der verteidigungswilligen Elemente sind wir bekanntlich ausserhalb Dänemarks noch viel weiter entfernt. *Frankreich steuert den De Gaulle-Wahlen entgegen,* und die Massen werden sich an der «Troisième Force» dadurch rächen, dass sie als Antwort auf die jahrelange Uneinigkeit den «starken Mann» vorziehen. *In Italien* wird voraussichtlich De Gasperi als der «etwas weniger starke Mann» siegen — am 18. April — *England* hat seine Labourregierung und damit aussenpolitisch als einziges Land des Westens eine unbedingte Richtung, welche auch die konservative Opposition bejaht. Aber alle andern Länder? Moskau spekuliert darauf, dass sie nie-

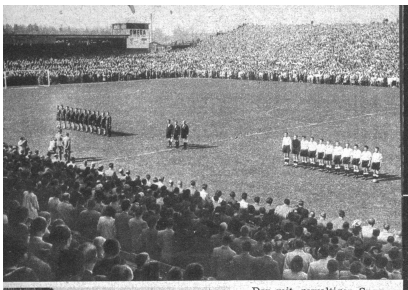
Die nationalistische Zersplitterung

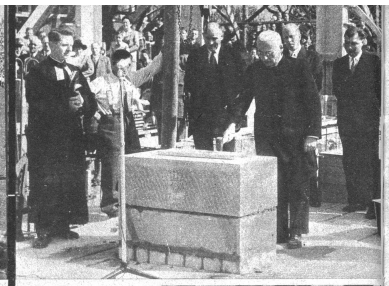
ist das andere Element, auf das die Moskauer bauen. Wir stehen den straff zentralisierten «Volksdemokratien» und der Sowjetunion in ähnlicher Unterlegenheit gegenüber, wie seinerzeit die «versteinerten Feudalstaaten» Nordafrikas den Franzosen und Spaniern — oder wie die ganze unorganisierte aussereuropäische Welt den erobernden Nationalmächten Europas: Zerklüftet sozial und national.

Was hat denn die Konferenz von Brüssel, an welcher fünf grosse und kleine Staaten sich angeblich vereinigt haben, in Wahrheit für ein Gebilde geschaffen? Es mutet uns an, wie die alte Eidgenossenschaft, die Anno 1798 dem Stoss des modern zentralisierten Frankreich so beschämend passiv gegenüberstand. «Tagsatzungen» mit grossen Reden — Auskneifen vor Taten — das war alles, was dieser «Staatenbund» damals zu leisten vermochte. Auch die «gemeinen Herrschaften» dieses Staatenbundes fehlen im Vergleich nicht. Man tue einen Blick auf das «Hinterland», auf den afrikanischen Kontinent, um von den andern Kolonialgebieten gar nicht zu reden. Mit diesem einzigen Afrika zusammen zählt Westeuropa allein weit mehr Einwohner, als die Sowjetunion mitsamt ihren Satelliten besitzt. Und doch beherrscht anscheinend die Panik den Westen und nicht den Osten.

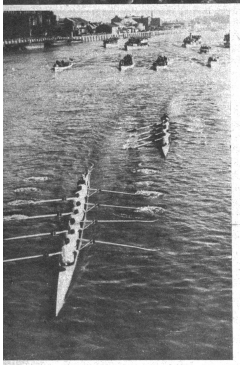
«Drüben», da macht die «Organisation des Widerstandes» nun freilich raschere Fortschritte als in Europa. Wir sind Zuschauer einer Aktivierung der öffentlichen Meinung, wie wir sie seinerzeit unter Roosevelt erlebten, als es galt, den friedliebenden Bürger für die Unterstützung Englands gegen Hitler zu gewinnen. Die Parole drüben lässt sich heute auf die Formel bringen: «Retten wir den Frieden nicht durch die eindeutige Demonstration des Willens, unsere Grenzen an der Elbe und an den Dardanellen zu verteidigen, so werden wir den schrecklichsten aller Kriege zu gewärtigen haben.» Wir Westeuropäer werden heute als Hilfstruppen einkalkuliert. Aber man billigt uns absolut nicht zu, dass wir imstande wären, uns selber zu retten. So werden wir eingeschätzt — ungefähr so, wie wir uns selber einschätzen. Und diese geringe Selbsteinschätzung ist vielleicht der krasseste Beweis für die Panik, die uns beherrscht.

Panik aber hat ihre Wurzeln meistens in einem schlechten Gewissen. Und das schlechteste Gewissen finden wir bei den Tatenlosen. Und bei den Leuten, die sich unfähig fühlen, das Notwendige zu tun oder auch nur zu erkennen. Es geht nicht nur darum, dass wir Angst haben und vor jedem Gerücht erschrecken. *Es fragt sich, woher diese Angst komme und warum wir eigentlich erschrekken.* Die Antwort ist gegeben: Noch fühlen wir uns nicht imstande, die Ursachen der sozialen Zerklüftung mit den geeigneten Massnahmen rasch und gründlich aus der Welt zu schaffen. Wir sind über die Methoden uneins. Ebensowenig sind wir bereit und imstande, aus den angeblich so unabhängigen Staaten einen «europäischen Bundesstaat» zu schaffen und wenigstens Afrika als gemeinsames Bundesgebiet auch gemeinsam zu entwickeln, damit es selbst stückweise in den «Bund» hineinwachsen könnte, den amerikanischen Territorien gleich. *Auch das Territorium Alaska soll ja nun zum Rang eines Staates aufsteigen.*





Vor rund vier Jahren brausten amerikanische Bomber über die Rheinstadt Schaffhausen hinweg. Niemand dachte Böses — man war das an der Grenze gewohnt, als die Bomben fielen. Unter den Gebäuden, welche die Explosion in Schutt und Trümmer legten, befand sich auch die Kirche auf der Steig. Nun sind die Vorarbeiten so weit gediehen, dass in einer schlichten Feier der Grundstein der Neuen Steigkirche gelegt werden konnte. Die drei symbolischen Hammerschläge führte Pfarrer Schnyder als Präsident der Kirchenkommission aus (ATP)



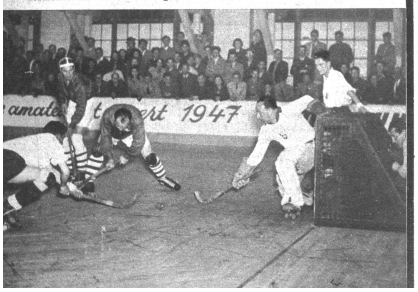
Der mit gewaltiger Spannung erwartete Kampf um den Sieg im Cup, ausgetragen im Berner Wankdorf-Stadion, endete mit einem Unentschieden. Daran änderte auch die Verlängerung nicht, denn die zusehends sich bemerkbar machende Ermüdung hinderte an weiteren Erfolgen. Unser Bild zeigt die Mannschaften in dem prallvoll gefüllten Stadion, das einen Zuschauerrekord erlebte: links Grenchen, rechts La Chaux-de-Fonds

94. Ruderwettkampf Oxford—Cambridge

Unerwarteter Sieg Cambridges in neuer Rekordzeit. Eine Million Zuschauer standen am Ufer der Themse zwischen Putney und Mortlake, um dem traditionellen Ruderwettkampf der beiden Universitätsmannschaften beizuwohnen. Unser Bild zeigt den Sieger-Achter bereits in Führung bei der Brücke von Hammersmith, einem Viertel der 6,8 km messenden Strecke (ATP)

Schweiz—Spanien 3 : 6 (1 : 1)

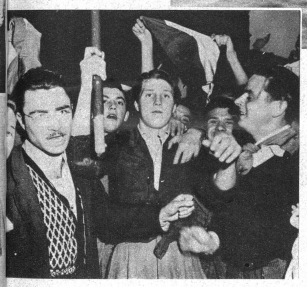
Im Sportpalast von Montreux fanden bei einer Beteiligung von neun Nationen in der Zeit vom 24. März bis zum Ostermontag die Weltmeisterschaften im Rollschuh-Hockey statt. Die Schweizer konnten sich nicht durchsetzen, boten aber allen Gegnern schärfsten Widerstand. Unser Bild aus der Partie gegen die starken Spanier zeigt den schweizerischen Hüter in Bedrängnis (ATP)



In München hat die amerikanische Militärpolizei einen Fang gemacht, der ein bedeutungsvolles Licht auf die deutschen Vorbereitungen zur Herstellung von Atombomben wirft: Dorothea Bartels, eine 30jährige Gymnastiklehrerin, war im Besitz von 8 Stahlflaschen mit « schwerem Wasser », einem der Ausgangsmaterialien für die Atombomben. Sie behauptet, diese grosse Menge, die grösste, die die Amerikaner je ausserhalb offiziellen Besitzes gesehen haben, von ihrem Bruder, einem Chemiker, der in den letzten Tagen des Krieges umkam, erhalten zu haben. Hier sieht man sie vor Gericht mit ihrem gefährlichen Besitz, wo sie zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt wurde (ATP)

In London wird dem verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, ein Denkmal zur Erinnerung an die treue Bundesgenossenschaft im zweiten Weltkriege errichtet. Im Laufe des Monats April wird Frau Eleanor Roosevelt selbst die Enthüllung vornehmen. Nun hat man die Statue nach dem Grosvenor Square gebracht und auf ihren Sockel gestellt, wo sie des grossen Tages wartet (ATP)

Dieser Tage hat in Pau ein Unteroffizier der französischen Fallschirmtruppe einen neuen Weltrekord im Absprung mit freiem Fall aufgestellt. Adjutant Valentin (rechts) verliess das Flugzeug in einer Höhe von 7000 Metern und öffnete seinen Fallschirm erst nach 113 Sekunden auf einer Höhe von 1000 Meter über dem Boden. Valentin benützte bei seinem Sprung kein Sauerstoffgerät (Photopress)



Die drei westlichen Grossmächte überraschten mit dem Antrag, das freie Territorium von Triest wieder an Italien zu geben. In Triest kam es zu langen dauernden Freudenkundgebungen, in denen unzählige italienische Fahnen von den patriotische Lieder singenden Demonstranten mitgetragen wurden (ATP)

Oben:
Die ganze Lombardei hat dieser Tage den oberitalienischen Aufstand von 1848 gefeiert, der von den Italienern allgemein als der Beginn ihrer Unabhängigkeit von der Fremdherrschaft betrachtet wird. Unsere Aufnahme: Parade der Mailänder Garnison vor zehntausenden von Zuschauern. Rechts rote Fahnen mit Hammer und Sichel (Photopress)

Die griechische Kolonie in der Schweiz feierte in der griechisch-orthodoxen Kirche in Lausanne den griechischen Nationalfeiertag mit einem feierlichen « Tedeum ». Es griff allen tief ans Herz, als der griechische Gesandte in der Schweiz, Minister Metaxas etwas unvermittelt aufstand, neben den Priester trat und wie ein beschwörendes Mahnwort seinen Landsleuten zurief «Vive la Grèce, vive la nation!» (ATP)